

Halbach, Uwe

Research Report

Irans nördliche Nachbarschaft: Kaukasische Ängste vor einer Eskalation des Atomstreits

SWP-Aktuell, No. 22/2012

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Halbach, Uwe (2012) : Irans nördliche Nachbarschaft: Kaukasische Ängste vor einer Eskalation des Atomstreits, SWP-Aktuell, No. 22/2012, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255042>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Irans nördliche Nachbarschaft

Kaukasische Ängste vor einer Eskalation des Atomstreits

Uwe Halbach

Im Südkaukasus befürchten Regierungen, ihre Region könnte in eine militärische Eskalation des Konflikts um das iranische Atomprogramm hineingezogen werden. Dies gilt besonders für Aserbaidschan, dessen Beziehungen zur Islamischen Republik Iran in politischer, ethnisch-demographischer und religiöser Hinsicht heikel sind. Auch in Armenien und Georgien wächst die Besorgnis, dass die diplomatische Regelung des iranischen Nuklearkonflikts hinter militärischen Optionen zurücktritt. Vor diesem Hintergrund soll hier ein Blick auf die iranisch-kaukasischen Beziehungen geworfen werden.

Im ersten Quartal 2012 lenkten verschiedene Ereignisse die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die Beziehungen Irans zu den Staaten des Kaukasus. Dazu gehörten geplante Anschläge auf die Botschaften Israels und der USA in Tiflis und Baku, die Verhaftung aserbaidchanischer Staatsbürger, die angeblich im Dienste iranischer Revolutionsgarden stehen, ein umfangreiches Waffengeschäft zwischen Aserbaidschan und Israel und Gerüchte über die Israel erteilte Erlaubnis, militärische Infrastruktur in Aserbaidschan zu nutzen. Auch in Zentralasien werden die Beziehungen mit dem Iran zum politischen Thema. Im sprachlich eng mit dem Iran verwandten Tadschikistan forderte Robert Blake – der für Zentral- und Südasien zuständige Abteilungsleiter im U.S. State Department – die Staaten der Region dazu auf, ihre Beziehungen zum Iran zu überdenken. Von allen postsowjetischen Staaten des Südkaukasus

unterhält Armenien die engsten nachbarschaftlichen Beziehungen zum Iran. Insofern zeigt es sich auch besorgt, dass diese Beziehungen in den Bereichen Energie, Transport und Tourismus beeinträchtigt werden könnten und sich die eigene geopolitische Isolation damit noch verstärkt.

Der Iran als historische Regionalmacht

Zu den gegenwärtigen globalen und regionalen Akteuren im Südkaukasus zählen Russland, die Türkei, die USA und die Europäische Union (EU). Historisch übte aber auch der Iran Einfluss aus. Er hat die Geschichte und Kultur in dieser Region nicht weniger beeinflusst als das russische oder das osmanische Vielvölkerimperium. Aserbaidschan, das der Türkei näher steht als jeder andere Staat im postsowjetischen Raum, hat sich in seiner Geschichte weit

länger unter iranischer als unter osmanischer Herrschaft befunden. Die armenische Geschichte ist eng mit der des Iran verwoben. Georgien, das sich wie kein anderer Staat der Region nach Westen ausrichtet und sich als eine der Urzellen abendländischer Zivilisation präsentiert, weist in seiner älteren Literatur, Kunst und Hofkultur eine persische Komponente auf. Georgier verbinden mit dem Iran einerseits Vorstellungen von einem Faktor, der ihre eigene Kulturgeschichte bereichert hat, andererseits traumatische Erlebnisse wie die Zerstörung ihrer Hauptstadt Tiflis durch persische Heere im Jahr 1795.

Die facettenreiche Stellung des Iran im Kaukasus ist ein Beispiel dafür, dass in dieser Region Allianzen und Konfliktlinien oft quer zu dem von Samuel Huntington formulierten religiös-kulturellen Schema des »clash of civilizations« verlaufen. So unterhält die Islamische Republik Iran die freundlichsten Beziehungen zu Armenien, dem Land mit der ältesten christlichen Staatskirche, während das Verhältnis zum glaubensverwandten Aserbaidschan eher gespannt ist.

Aserbaidschan und der Iran

Ein Hauptgrund dafür, dass dieses bilaterale Verhältnis schwierig ist, liegt in der grenzübergreifenden ethnisch-demographischen Konstellation. Seit 1828 durchtrennt die am Fluss Arax verlaufende Staatsgrenze zwischen dem Iran und dem damals vom russischen Zarenreich eroberten östlichen Teil des Südkaukasus ein weitläufiges Siedlungsgebiet mit aserbaidschanischer Bevölkerung, von der heute der größere Teil im Iran lebt. Während sich die Gesamtbevölkerung Aserbaidschans auf neun Millionen Menschen beziffert, leben im Iran an die zwanzig Millionen ethnische Aserbaidschaner. Diese Volksgruppe bildet mit einem Anteil von geschätzten 15–25% die mit Abstand größte ethnische Minderheit im Iran, weit vor Kurden (7%), Arabern (3%), Belutschen oder Turkmenen (je 2%). Auch ohne eigenes Zutun steht die Repu-

blik Aserbaidschan daher in Teheran unter dem Verdacht, irredentistische Bestrebungen zu hegen, zumal es in der neueren Geschichte ein Beispiel für erfolgreichen aserbaidschanischen Separatismus auf iranischem Territorium gibt: 1945–46 existierte dort mit sowjetischer Unterstützung eine »Demokratische Republik Südaserbaidshan«.

Die Regierung in Baku praktiziert zwar eine vorsichtige Iran-Politik und hält sich mit Vereinigungsparolen zurück. In der aserbaidschanischen Bevölkerung im Iran kam es aber wiederholt zu Demonstrationen aus sprachen- und kulturpolitischen Anlässen, die in Aserbaidschan Solidaritätsbekundungen provozierten. Zuletzt trieb im Sommer 2011 die Untätigkeit der Regierung angesichts des versiegenden Urmia-Sees tausende Demonstranten auf die Straßen von Täbris und anderen Städten in den aserbaidschanischen Siedlungsgebieten Nordirans.

Ein anderes strittiges Thema sind die nationalen Rechte zur Nutzung von Öl- und Gasfeldern im Kaspischen Meer. Iran liegt hier im Streit mit anderen Anliegern. Die Auseinandersetzung mit Aserbaidschan spitzte sich 2001 bis an die Schwelle maritimer Gefechte zu. Im energiewirtschaftlichen Sektor gibt es allerdings auch Kooperation zwischen beiden Ländern. So hält die staatliche Naftiran einen Anteil von zehn Prozent an der Nutzung des aserbaidschanischen Erdgasfelds Shah Deniz. Andere an diesem Konsortium beteiligte Firmen wie BP oder Total befürchten, verschärfte Sanktionen oder gar militärische Aktionen gegen Iran könnten das derzeit größte Energieprojekt in Aserbaidschan gefährden.

Problematisch sind vor allem die religionspolitischen Beziehungen. Aserbaidschan ist der einzige sowjetische Nachfolgestaat mit einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit (etwa 70 Prozent der Gesamtbevölkerung; rund 20 Prozent sind Sunniten, der Rest entfällt auf Angehörige jüdischer und christlicher Gemeinden) und steht dem Iran damit konfessionell näher als jeder andere Staat in diesem Raum. Aber

während der Iran sich als »islamische Republik« definiert, hält die politische Führung in Baku die säkulare Staatstradition ihres Landes hoch, das schon in vorsowjetischer Zeit Erfahrungen mit Modernisierung und Säkularisierung gemacht hat, die älter sind als jene anderer muslimischer Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Dabei ist das Verhältnis zwischen Staat und islamistischen Kräften in Aserbaidschan nicht frei von Konflikten. Das Land fühlt sich eingezwängt zwischen »wahhabitischen« Missionen aus dem Nordkaukasus und dem Einfluss schiitischer Kräfte aus dem Iran.

Seit seiner Unabhängigkeit 1991 beschwerte sich Aserbaidschan über iranische Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. In den letzten zwei Jahren häuften sich solche Beschwerden. Baku bezichtigte Teheran, Straßenproteste gegen die laizistische Politik von Präsident Alijew mobilisiert zu haben. Ein Auslöser solcher Demonstrationen war im Jahr 2011 eine Auseinandersetzung darüber, ob in Aserbaidschan Schülerinnen das Tragen des Hijab verboten werden solle. Im März 2012 gab das Ministerium für Nationale Sicherheit die Verhaftung von 22 Personen bekannt, die in iranischem Auftrag Anschläge gegen die Botschaften Israels und der USA in Baku geplant haben sollen. Seit 1999 würden iranische Agenten solche Kräfte in Aserbaidschan rekrutieren, die dann teilweise in Lagern der Revolutionsgarden im Iran trainiert worden seien.

Zwischen Baku und Teheran brach schließlich ein Kulturkampf aus, in dem sich auf iranischer Seite weniger Regierungsvertreter als einzelne Imame, religiöse Organisationen und Medien zu Wort meldeten. Jüngere Vorstöße aus dem iranischen Klerus richteten sich gegen den *Eurovision Song Contest*, der im Mai 2012 in Baku stattfindet. Die aserbaidschanische Oppositionszeitung *Yeni Musavat* berichtete am 26. März von einem Drohbrief, den der Leiter der Ansar-e-Hezbollah-Filiale in Täbris an Präsident İlham Alijew gerichtet haben soll. Darin wird die Schließung des aserbaidschanischen Konsulats in Täbris an-

gedroht, wenn die Regierung in Baku ihre »anti-islamische Politik« nicht revidiere und »wenn Sie so etwas wie den *Eurovision Song Contest* oder eine Schwulenparade in Baku gestatte«.

Hauptquelle der gegenwärtigen Spannungen sind aber die Beziehungen Aserbaidschans zu Israel. Der bevölkerungsreichste Staat im Südkaukasus hat im Schatten des Karabach-Konflikts mit Armenien wohl die größten Rüstungsanstrengungen im gesamten GUS-Raum unternommen und seinen Militäretat seit 2003 vervielfacht. Im Februar 2012 tätigte Aserbaidschan schließlich sein bislang umfangreichstes Waffengeschäft: Israel soll ihm für 1,6 Milliarden US-Dollar Raketenabwehrtechnologie, Drohnen, andere hochentwickelte Waffen und Ausbildungshilfe liefern. Die militärische Zusammenarbeit wird von Wirtschaftsbeziehungen flankiert. So steuert Aserbaidschan einen nicht unerheblichen Teil der israelischen Erdölversorgung bei.

Im März 2012 berichtete das Magazin *Foreign Policy* unter Berufung auf Aussagen amerikanischer Militärexperten gar von einem israelischen Luftstützpunkt auf aserbaidschanischem Territorium. Es handelt sich um ein Flugfeld beim Ort Sitalçay 50 km nördlich von Baku, das Israel angeblich für einen militärischen Einsatz gegen Iran nutzen könnte. Solche Meldungen stehen allerdings im Widerspruch zu Aussagen der Regierung in Baku, die ihr Land auf keinen Fall als Aufmarschfeld für militärische Operationen gegen den Iran oder einen anderen Staat missbrauchen lassen will. Waffen, die aus dem Ausland bezogen würden, richteten sich gegen armenische Truppen, die Teile Aserbaidschans besetzt hielten. Aserbaidschan verfolge eine neutrale Politik, die weder einem Mitgliedstaat der Nato noch des Kollektiven Sicherheitsvertrags der GUS (CSTO) oder einer anderen Macht gestatte, Militärbasen auf seinem Territorium zu errichten. Laut einer 2010 verabschiedeten Militärdoktrin darf Aserbaidschan keine ausländischen Militäreinrichtungen beherbergen. Die Ausnahme:

Bis 2012 war ein russischer Pachtvertrag für die Radarstation Gabala in Kraft, über den derzeit heftig gestritten wird. Dass man in Aserbaidschan kriegerische Entwicklungen um Iran unterstützen könnte, sei schon mit Blick auf die dort lebende große Gruppe ethnischer Verwandter ausgeschlossen. Allerdings müsse der Iran seinerseits »anti-aserbaidschanische Operationen auf unserem Territorium« und feindselige Aktionen gegen Aserbaidschan auf seinem Staatsgebiet einstellen, so Ali Hassanow, Leiter der Präsidialverwaltung in Baku. Auch amerikanische Kommentare bezeichneten die Berichte, die Aserbaidschan als »Fliegerhorst« Israels für Militärschläge gegen den Iran darstellen, als unglauwbürlich.

Irans christliche Nachbarschaft

Der Iran pflegt gute Beziehungen zu den beiden südkaukasischen Staaten mit den ältesten christlichen Landeskirchen. Das Nachbarschaftsverhältnis zu Armenien ist sogar besonders eng. Auch Georgien unterhält ungeachtet seiner dezidierten euroatlantischen Orientierung Beziehungen zum Iran. Nach dem Krieg mit Russland im August 2008 hat sich die georgische Außenpolitik verstärkt auf die regionale Umgebung ausgerichtet, zu der auch der Iran gehört. Die Handelsbeziehungen haben zwar ein sehr geringes Volumen und stehen weit hinter dem georgischen Handel mit der Türkei zurück. Gleichwohl wächst seit der Aufhebung der Visumpflicht 2010 die Zahl iranischer Touristen, die Georgien besuchen. In Tiflis befürchtet man, ein Krieg im Iran könne den Energiestrom von Aserbaidschan nach Europa tangieren, für den Georgien eine strategische Transitfunktion innehat.

Armenien spricht sich mit Nachdruck gegen jegliche Gewaltoption in der Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm aus. Die Position des Landes gegenüber Iran ist vor allem durch seine geopolitische Isolation bestimmt, die aus der Schließung seiner beiden längsten Landgrenzen mit Aserbaidschan und der

Türkei infolge des Karabach-Konflikts resultiert. Neben Georgien bietet nur der Iran dem Nachbarn Armenien einen Zugang zur Außenwelt über den Landweg. Im letzten Jahr fünf wurden bilaterale Transport-, Energie- und Infrastrukturprojekte ebenso ausgebaut wie der Tourismus zwischen beiden Ländern. Die verschärften internationalen Sanktionen und die Aussicht auf militärische Aktionen gegen Iran riefen in Jerewan Befürchtungen hervor, die über Iran laufende Verbindung zur Außenwelt könnte unterbrochen werden – so wie der russisch-georgische Augustkrieg 2008 die Verbindung über Georgien gekappt und Armenien Schaden zugefügt hatte. Armenien unterstützt auch Irans Anspruch auf friedliche Nutzung von Atomkraft, wehrt es sich doch selbst gegen das Drängen der EU, den Betrieb seines maroden Atomkraftwerks Metsamor einzustellen. Im Karabach-Konflikt ergreift der Iran nicht Partei für Aserbaidschan im Sinne islamischer Solidarität und lässt seine gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit Armenien durch diesen ungelösten und weiterhin bedrohlichen Konflikt nicht stören. Er ist in diesem Fall indes weniger parteiisch als die Türkei, die hier an der Seite ihres ethnischen »Brudervolks« in Aserbaidschan steht.

Wie sich das Verhältnis der Staaten dieser Region zum Iran auch immer gestaltet: Alle drei blicken mit Sorge auf eine Entwicklung, in der Ansätze zur einer diplomatischen Regelung der iranischen Atomproblematik hinter militärischen Optionen zurücktreten. Der Südkaukasus stellt schon allein mit seinen ungelösten Sezessionskonflikten und Flüchtlingsproblemen eine Herausforderung an eine europäische Politik der Nachbarschaft und Partnerschaft dar. Militärische Aktionen gegen den Iran könnten die angespannte sicherheitspolitische Lage in dieser Region noch verschärfen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364